

Auf Streife durchs Revier

Bodo Hombach &
Frank Richter (Hrsg.)

Kriminalität im Ruhrgebiet
und gesellschaftliche Folgen



Tectum

DIE BROST-BIBLIOTHEK
IMPULSE AUS DEM RUHRGEBIET

HERAUSGEGEBEN VON BODO HOMBACH

BAND 1

 **BROST-AKADEMIE**

*Die Brost-Bibliothek.
Impulse aus dem Ruhrgebiet*

*Die Brost-Bibliothek.
Impulse aus dem Ruhrgebiet*

Herausgegeben von Prof. Bodo Hombach

– Band 1 –

Auf Streife durchs Revier

Kriminalität im Ruhrgebiet und gesellschaftliche Folgen

Bodo Hombach & Frank Richter (Hrsg.)

Tectum Verlag

Die Schriftenreihe *Die Brost-Bibliothek. Impulse aus dem Ruhrgebiet* wird herausgegeben von Prof. Bodo Hombach in seiner Funktion als Präsident der Brost-Akademie.

Bodo Hombach & Frank Richter (Hrsg.)
Auf Streife durchs Revier
Kriminalität im Ruhrgebiet und gesellschaftliche Folgen

Die Brost-Bibliothek. Impulse aus dem Ruhrgebiet, Band 1

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022

ePDF 978-3-8288-7859-4

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4755-2 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN 2747-5425

Umschlagabbildung: © Markus Spiske | unsplash.com

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Vorworte	1
Das sichere Fundament	3
von Herbert Reul	
Herausgebergespräch	9
zwischen Bodo Hombach und Frank Richter, moderiert von Christoph Schwennicke	
Blick ins Revier	23
Das neue Ruhrgebiet: Die transformierte Wissensregion	25
von Jörg Bogumil	
Heimat im Ruhrgebiet: Eine historische Perspektive	43
von Stefan Berger	
Ein schwieriger Weg in die neue Heimat: Hemmnisse des <i>Othering</i> und Versicherheitlichung der Migration	57
von Bernhard Frevel & Dorte Flothmann	
Kriminalität und Gesellschaft im Ruhrgebiet	69
Das Böse im Ruhrgebiet: Vom gesellschaftlichen Umgang mit Tätern und Opfern	71
von Dorothee Dienstbühl	
„Mach mal einen Cognac auf!“. Was es bedeutet, bewaffneten Bankräubern ausgeliefert zu sein	95
Interview mit Katja van Bevern, moderiert von Dorothee Dienstbühl	

Ruhrgebiet extrem: Der salafistische Dschihadismus im Ruhrgebiet	103
<i>von Janet Kursawe</i>	
Die Clankriminalität	123
<i>von Ralph Ghabban</i>	
Verbrechen an der Ruhr	141
Der Sündenfall: Das Gladbecker Geiseldrama als bitteres Lehrstück für die alte Bundesrepublik	143
<i>von Peter Henning</i>	
Mörder, Gauner und kleine Fische: Beispiele und Fakten aus dem Ruhrgebiet	155
<i>von Jan Zweyer</i>	
Die Polizei und ihr Revier	175
Polizeieinsätze als Spiegel gesellschaftlichen Wandels	177
<i>von Frank Kawelowski</i>	
Vor Ort: Gedanken zum Streifendienst im Revier	197
<i>Interview mit Patricia Scicolone,</i> <i>moderiert von Michael Hirz</i>	
Sicherheit für die Metropolregion	213
Sicherheit als Standortfaktor	215
<i>von Klaus Engel</i>	
Urbane Sicherheit: Vom Staatszweck zur kommunalen Aufgabe	225
<i>von Karsten Rudolph</i>	
Autorenverzeichnis	239

Vorworte

Das sichere Fundament

von Herbert Reul

Das Ruhrgebiet ist die spannendste Region Europas: In Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft kann es zukünftig Maßstäbe setzen, Vorbild sein und so zum Motor unseres Landes werden. Sicherheit ist einer der wichtigsten Faktoren dafür.

Wo Menschen zusammenleben, gibt es Probleme. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie gehört wohl zu den ältesten der Menschheit und ist einer der wichtigsten Gründe, warum Staaten entstanden sind. Menschen, die sich in einem Staat zusammenschließen, geben hier Rechte an eine übergeordnete Institution ab. Die sorgt dann dafür, dass jeder zu seinem Recht kommt, sie schützt vor Willkür, Gewalt und Ausbeutung. Wenn es denn gut läuft – was keine Selbstverständlichkeit ist, wie uns die Geschichte lehrt –, bietet dieser Staat eben Sicherheit. Es ist kaum zu hoch gegriffen, wenn man Sicherheit als eine essenzielle Aufgabe des Staates betrachtet.

Bezogen auf das Ruhrgebiet könnte man sagen: Wo viele Menschen zusammenleben, gibt es viele Probleme. Und natürlich ist es schwieriger in der Metropolregion Ruhr, in der mehr als fünf Millionen Menschen in 53 Städten leben, für Sicherheit zu sorgen, als in einer ländlichen Idylle. Nun kann man den Kopf in den Sand stecken oder mit Verweis auf jene Schwierigkeiten im Ruhrgebiet einfach hinnehmen, was man auf dem Land nie dulden würde. Beides ist natürlich grundfalsch.

Das Schlimmste, was man aber machen kann, ist, die Dinge schönzureden, schlicht zu leugnen, dass diese Probleme überhaupt existieren. Weil die Menschen so das Vertrauen in die Institutionen verlieren, in den Staat, in die Politik. Und natürlich auch den Glauben daran, dass sich die Situation in ihrer Heimat irgendwann verbessert. In Bezug auf

die Innere Sicherheit heißt das: Wer vor seiner Haustür mit Kriminalität konfrontiert ist, wer sich unsicher fühlt, wenn er auf die Straße tritt, wer Parks meidet, Angst in seiner Wohnung vor Einbruch hat und gleichzeitig gesagt bekommt, das Ganze sei ja gar nicht so schlimm, der kann den Staat und seine Institutionen nicht mehr ernst nehmen, der erkennt irgendwann sein Zuhause nicht mehr wieder. Deshalb ist Ehrlichkeit so immens wichtig, denn nur wer ehrlich sagt, was ist, kann für Sicherheit sorgen. Und nur, wenn Menschen sicher sind, sich sicher fühlen, sind sie auch frei für neue Ideen. Bereit, aufzubauen, anzupacken. Nur dann fühlen sie sich wohl in ihrer Heimat.

Das Ruhrgebiet ist zurzeit die Region in Deutschland, wenn nicht gar in Europa, mit den größten Chancen und dem größten Potenzial. Es kann wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich in Zukunft Maßstäbe setzen und so zum Motor nicht nur Nordrhein-Westfalens, sondern ganz Deutschlands werden. Deshalb sind in den vergangenen vier Jahren, seit Beginn der Ruhr-Konferenz der Landesregierung, 1,8 Milliarden Euro aus Landesprogrammen und besonderen Fördermaßnahmen ins Ruhrgebiet geflossen. Hinzu kamen fast 430 Millionen Euro aus EU-Fonds einschließlich der Kofinanzierung durch das Land. Von den Bundesmitteln, die den Ausstieg aus der Kohleverstromung unterstützen, werden die fünf Steinkohle-Standorte im Ruhrgebiet mit bis zu 662 Millionen Euro profitieren. Die Garantie des Staates, alles dafür zu tun, dass seine Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer Heimat sicher fühlen, ist die Grundvoraussetzung. Deshalb lassen wir auch kriminellen Clans keine Ruhe und dringen in Bereiche ein, die sie viel zu lang als alleinig ihre angesehen haben.

Von vornherein stand fest, dass dies nur mit einer immensen Kraftanstrengung zu schaffen ist und, dass sich der Status quo nur schrittweise verändern wird. Die Bekämpfung der Clankriminalität ist kein Spurt, sondern ein Marathon. Zumal klar war, dass die Kritik an den Maßnahmen kommen wird: Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen, Populismus, Aktionismus – um nur einige Ansätze zu nennen. Doch die Bürgerinnen und Bürger ließen sich davon nicht blenden. Bei aller anfänglichen Skepsis: Inzwischen werden die Anstrengungen von den Menschen im Ruhrgebiet honoriert. Weil sich ganz konkret etwas ändert. Langsam, aber sicher.

Doch, um das vorwegzunehmen: Wer glaubt, wir sind hier schon am Ende, der irrt gewaltig.

Am Anfang stand die Analyse: Wer sind diese Clans eigentlich? Wo kommen sie her? Was machen sie? Und warum? Heute wissen wir: Die in Deutschland existenten Clanstrukturen gehen auf die Bevölkerungsgruppe der sogenannten „Mhallamiye“ zurück, die bis zum Ausbruch des Libanonkrieges im Bereich Ostanatoliens ansässig war, dem Grenzgebiet zwischen der Türkei, Syrien und dem Libanon. Nach Deutschland kamen diese Menschen zu Beginn der 1980er Jahre – vor allem ins Ruhrgebiet. Sehr viele dieser Asylbewerber hatten falsche Identitäten angegeben, die Verfahren wurden unter anderem deswegen reihenweise abgelehnt. Eine Rückführung war aber – mangels Kooperationsbereitschaft – in den seltensten Fällen möglich. Die Folge: Ketenduldungen und natürlich das Verbot, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Erst mit der neuen Asylgesetzgebung wurde dieser Zustand aufgelöst. Es wurden Aufenthaltsgenehmigungen ausgesprochen und Menschen zum Teil sogar eingebürgert.

Niemand wollte diese Leute, niemand hat sich um sie gekümmert, sie zu integrieren versucht oder ihnen eine Perspektive geboten. Erst recht hat niemand denen Einhalt geboten, die Parallelgesellschaften aufgebaut und die Verübung von Straftaten als Mittel zum sozialen Aufstieg gesehen haben. Möglicherweise wollte man nicht in die rechte Ecke gedrängt werden, möglicherweise stand einigen die politische Korrektheit im Weg. Sicher war vielen die Bekämpfung dieser Strukturen aber auch zu mühselig, zumal sich politisches Kapital einfacher anderswo herauschlagen ließ. Und ganz bestimmt haben viele Politikerinnen und Politiker das Phänomen auch schlicht unterschätzt.

Dies änderte sich mit dem Antritt der neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2017. Was jahrelang verschwiegen, verdrängt oder ignoriert wurde, gleichzeitig aber auf den Straßen und Plätzen etwa des Ruhrgebiets offensichtlich war, kam somit nicht zuletzt durch das erste veröffentlichte Lagebild zur Clankriminalität durch das Landeskriminalamt ans Licht. Heute wissen wir: Im Kern geht es in Nordrhein-Westfalen um 112 kriminelle Clans mit fast 4.000 Tatverdächtigen alleine im Jahr 2020. Diese kriminellen Mitglieder aus 112 Großfamilien waren in den Jahren 2019 und 2020 allein für fast

12.000 Straftaten verantwortlich. Das sind keine Eierdiebe, sondern waschechte Straftäter. Und zum Teil sogar Schwerverbrecher aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität. Clankriminalität ist eben keine Klein-Kriminalität, als die sie auch heute noch manchmal verniedlicht wird: ein bisschen unsteuerter Tabak, Auflagen in Shisha-Bars, die nicht erfüllt werden, ein bisschen Diebstahl, ein bisschen Betrug! Stattdessen geht es oft um Raub, Körperverletzung bis hin zu Tötungsdelikten. Und wir reden von Kriminalitätsphänomenen, die die Bürgerinnen und Bürger zutiefst verunsichern: In ihrem Sicherheitsgefühl, und in ihrem Vertrauen in den Staat, der sich jahrelang von organisiert Kriminellen in getunten Luxusautos auch öffentlich auf der Nase herumtanzen ließ. Diese Zeiten sind vorbei.

Und weil Sicherheit eben nicht nur Aufgabe der Sicherheitsbehörden allein ist, haben wir die Schreibtische der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz verschiedener Behörden zusammengeschoben. Da werden Informationen der Familienkasse herangezogen, da arbeiten Spezialisten aus den Finanzämtern mit den Ermittlern aus unserem Landeskriminalamt. Ordnungsämter und Zulassungsbehörden sind ebenfalls eingebunden und es gibt eigene, hochspezialisierte Staatsanwälte. Im Kampf gegen die Clankriminalität haben wir ein 3-Säulen-Modell entwickelt: Die „Taktik der tausend Nadelstiche“ bedeutet Razzien, mit denen wir das Clannmilieu aufmischen und hochschrecken. Um Verdachtsmomente zu erhärten, um Beweismittel zu finden, aber auch, um schlicht Präsenz zu zeigen. Inzwischen hat es in Nordrhein-Westfalen mehr als 2.000 Kontrollaktionen gegeben, fast 5.000 Objekte wurden durchsucht, rund 2.500 Strafanzeigen erstellt, mehr als 5.000 Ordnungswidrigkeitsanzeigen gefertigt, über 12.000 Verwarngelder ausgesprochen. Fast 3.000 Beschlagnahmen oder Sicherstellungen haben stattgefunden. Und fast 800 Mal haben auch Handschellen geklickt. Und das ist nur der polizeiliche Teil unserer Bilanz.

„Follow the money“ – Folge dem Geld, heißt die zweite Säule und so wurden seit 2017 knapp 10 Millionen Euro Vermögen abgeschöpft. Auch gelang es Ermittlern des Landeskriminalamtes, ein Callcenter im türkischen Izmir auszuheben. Von dort aus wurden organisiert deutsche Seniorinnen und Senioren betrogen. Die Verdächtigen gaben sich als Polizisten aus und erbeuteten Geld und andere Wertgegenstände.

Insgesamt konnten 1,5 Millionen Euro Bargeld, fünf Kilo Gold sowie Immobilien, Fahrzeuge und Waffen sichergestellt werden.

Das Präventionsprojekt schließlich wendet sich als dritte Säule an den Nachwuchs. Polizei und Sozialarbeiter gehen dabei Hand in Hand und helfen Kindern und Jugendlichen, den Weg aus der Clankriminalität zu finden.

Tatsächlich scheinen wir bei der Bekämpfung der Clankriminalität im Jahr 2020 an einem Wendepunkt angelangt zu sein. Der Staat ist am Zug, der Staat übernimmt die Initiative, der Staat lässt sich eben nicht auf der Nase herumtanzen. Und die Bürgerinnen und Bürger sehen: Der Staat funktioniert. Es lohnt sich also, die Dinge anzugehen. Dass sie schwierig sind, kann kein Argument sein, untätig zu bleiben.

Das alles geht aber nur, wenn die Institutionen, die bei uns für Recht und Ordnung sorgen, in einem guten Zustand sind: Justiz, Ordnungsbehörden und natürlich die Polizei. Die immensen Investitionen der letzten Jahre in deren Ausstattung werden deshalb nicht nur akzeptiert. Die Bürgerinnen und Bürger wissen vielmehr, nur eine starke Polizei kann sichern, schützen und helfen. Die NRW-Polizei ist inzwischen die am besten ausgestattete Polizei in der Bundesrepublik. So wurden in dieser Legislaturperiode jeweils mehr als 10.000 Schutzhelme und Schutzwesten angeschafft. Wir haben landesweit „Bodycams“ eingeführt, hinzu kamen Multifunktionswesten, neue Einsatzhandschuhe und Spuckschutzhauben. In 18 Polizeibehörden des Landes wird der Wachdienst jetzt mit Elektroimpulsgeräten ausgestattet. Nordrhein-Westfalen verfügt nun endlich auch über Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten, die bei Demonstrationen, Razzien oder Ausschreitungen am Rande von Fußballspielen konsequent gegen Störer und Straftäter vorgehen. Rechtsbrüche von Gewalttätern dokumentieren sie gerichtlich verwertbar – mit Köpfchen, aber eben auch mit Kraft, wenn es denn sein muss.

Kein anderes Bundesland hat modernere Technik, um effizienter, schneller und besser zu arbeiten: Insgesamt wurden bisher 22.000 Smartphones ausgegeben und weitere 10.000 folgen nun. Alle operativ tätigen Polizistinnen und Polizisten können so mit persönlichen Diensthandys einen polizeilichen Messengerdienst, eine Auskunft-App (z. B. für Fahndungsabfragen) und einen Dokumentenscanner

nutzen. Als Nächstes werden die Erfassung von Verkehrsunfällen sowie die schnelle Überprüfung von Fingerabdrücken mittels der Smartphones möglich sein.

Das ist gut, aber nicht alles. Denn die Welt ändert sich gerade epochal. Kriminalität digitalisiert und virtualisiert sich rasend schnell. An uns ist es, auch die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Sicherheitsbehörden weiterhin ihren Job machen können. Um es deutlich zu sagen: Wenn die Ganoven ihre Taten mit Krypto-Handys planen, dann können wir die Ermittler nicht mit Technik, aber auch nicht mit Befugnissen aus dem Zeitalter des Wählscheiben-Telefons arbeiten lassen. Unsere Welt ist nicht mehr die von vor 20 Jahren. Sie ist nicht einmal mehr die von vor fünf Jahren. Und weil sich diese Welt immer schneller ändert, müssen wir unsere Gesetze anpassen. Datenschutz darf keine Täter schützen. Deshalb muss etwa die Speicherung von Verbindungs- und Standortdaten zur Aufklärung schwerer Straftaten wieder zulässig sein – selbstverständlich angemessen befristet. Täter dürfen ihre Spuren im Netz künftig nicht mehr so leicht verwischen können. Doch auch da kommen wir in eine gesellschaftliche Debatte, die ideologisch geprägt ist. Was da den Sicherheitsbehörden unterstellt wird, ist teilweise abenteuerlich. Wieso sollten unsere Ermittler ihre Mittel zur Bekämpfung von Schwerstkriminalität gegen die Menschen einsetzen, die sie schützen wollen? Wo ist der Anlass, dies zu glauben? Wie gerät man auf solch ein falsches Gleis und welche Sicht auf die tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Sicherheitsbehörden offenbart sich hier? Wir regen uns über scheinbar rechtsfreie Räume in unseren Städten auf, doch im Netz nehmen wir hin, dass jeder machen kann, was er will? Die nächste Revolution der Kriminalistik muss eine digitale Revolution werden. Die Sicherheit im digitalen Raum zu gewährleisten ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Davon wird auch und besonders das Ruhrgebiet profitieren.

Herausberggespräch

*zwischen Bodo Hombach und Frank Richter,
moderiert von Christoph Schwennicke*

Bodo Hombach: Vielleicht sollte ich erst mal ein Bekenntnis ablegen. Vor dem Hintergrund meiner Lebenserfahrung und meiner Rolle als Bürger in der Stadt, in der Frank Richter Polizeipräsident ist.

Christoph Schwennicke: *Dann mal los.*

Hombach: Ich bin durchs Leben zu der Überzeugung gebracht worden, dass Sicherheit ein Grund-Daseins-Bedürfnis ist. Selbst trinken und essen will man in sicherer Umgebung. Das klingt banal, ist aber nicht unumstritten. Ich habe mal einen Vorentwurf für ein SPD-Programm im Lande vorgelegt. Ein Kapitel sollte überschrieben sein mit: „Sicherheit ist Bürgerrecht“. Ein bedeutender Innenpolitiker und Minister war im SPD-Landesvorstand. Dem hat er erfolgreich erklärt, so dürfe man das nicht formulieren. Das finde ich heute noch ärgerlicher als damals. Fünf Jahre später fand der Satz sich doch im Programm. Der Rau-Erfolg von knapp unter 53 Prozent Wählerzustimmung hatte natürlich mehr Gründe. Der Respekt vor der Lebensrealität der Menschen gehörte dazu. Johannes Rau verlangte von seiner Regierung, denen Schutz zu gewähren, zu versichern und zu organisieren, die sich nicht selber schützen können. Er thematisierte u. a. die teilweise bedrückenden Zustände in und vor Bahnhöfen. Meine Vorstellung von Sozialdemokratie war und ist, dass gerade diese Partei innere wie äußere Sicherheit energisch und kompetent zum zentralen Thema macht. Das Thema Sicherheit zu vernachlässigen, ist nicht vertretbar. Insofern ist die Rolle des Sozialdemokraten und Gewerkschafters Frank Richter eine auffällig seltene, aber umso unterstützenswertere.

Die Brost-Stiftung hat im Ruhrgebiet eine Untersuchung angestoßen über die Bewusstseinslage der hiesigen Bevölkerung. Wir haben, oh-

ne explizit dazu nachzufragen, viele Kommentare mit dem Tenor gehört: „Endlich kümmert sich einer. Endlich setzt sich jemand mit Clankriminalität hart auseinander.“ Das bezog sich immer auf Richters Aktivitäten in Essen und den dabei präsenten Innenminister. Der hat die Einsätze von Polizei und anderen Behörden massiv unterstützt und sichtbar begleitet. Bei unseren Recherchen, z. B. den moderierten Kneipengesprächen, wurde er dafür ungewöhnlich hervorgehoben und gelobt. Mir ist klar geworden, dass es wichtig und aufklärerisch ist (das Stiftungsrecht sagt „Volksbildung“ dazu), die Machbarkeit von größerer Sicherheit stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Wenn Unsicherheit herrscht, ist das politisch geduldet oder wenigstens leichtfertig verschuldet und keineswegs schicksalhaft. Das also war mein „Bekenntnis“. Also die Begründung, warum wir das Projekt machen und alle die Frauen und Männer, die für unsere Sicherheit arbeiten und oft den Kopf hinhalten, respektieren, würdigen und nach Kräften unterstützen. Diese Vorbemerkungen erlauben nun die Konzentration auf den Polizeipräsidenten, Herrn Richter. Der ist Experte für unsere Sicherheit.

Frank Richter: Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Ohne Sicherheit keine Freiheit. Zugespißt gesagt: Leute, die Geld haben, brauchen die Polizei nicht, weil sie sich Innere Sicherheit kaufen. Das ist plakativ ausgedrückt. Aber es stimmt. Trotzdem gibt es ein Fremdeln mit Sicherheit. Die Angst vor dem Missbrauch durch den Staat ist bei einigen Leuten größer als die Kriminalitätsangst. Dieses Grundmisstrauen uns gegenüber kann ich nicht verstehen, weil wir eine durch und durch demokratische Polizei sind. Ich halte das auch als Polizist, der ich im Selbstverständnis immer geblieben bin, für zutiefst verletzend. Immer diese Angst: Der Polizist missbraucht seine Macht in unterschiedlichen Bereichen. Wir erleben das vor allem im Datenschutz. Das ist so eine Grundangst, die vorherrscht und man nimmt stattdessen lieber in Kauf: Kriminalität, Unsicherheit, Angst, abends allein auf der Straße zu sein. Das ist doch absurd.

Das heißt, Sie haben den Eindruck, dass die Leute eher zu der Aussage neigen: Ich will eher Freiheit vom Staat als Freiheit durch den Staat?

Richter: Ja, aber das sind dieselben Menschen, die, wenn sie in Not kommen, sofort nach der Polizei rufen.

Das Thema Sicherheit und die daraus entstehende Angst werden in verschiedenen Stadtteilen unterschiedlich wahrgenommen. Ich stelle fest, dass im Essener Süden Angst und damit das Sicherheitsgefühl anders als im Essener Norden erlebt werden.

Was meinen Sie konkret?

Richter: Clankriminalität und deren Bekämpfung. Dabei geht es hier nicht um Taschendiebstahl, nicht um Einbruch, so das „Klassische“, was man vielleicht aus dem Fernsehen kennt. Hier geht es um die Grundfesten unseres Staates, auch unseres Sozialstaates. Wir haben das über viele Jahre hinweg einfach ignoriert, wir haben diese Form von Kriminalität ignoriert. Wir haben gesagt, das können wir nicht machen, das würde unserem Ansatz von Migration widersprechen, das sei Pauschalverurteilung. Übrigens etwas, das mir heute immer noch widerfährt in Zeitungsüberschriften wie: „Richter jagt Libanesen durch Essen“.

„Richter“ sind jetzt Sie, nicht der vom Gericht.

Richter: Genau. Wir haben alle Parteien eingeladen. Haben ihnen dargelegt: Was tun wir eigentlich? Ich möchte ein Beispiel nennen: Wenn Sie heute in Essen ein Restaurant aufmachen, kontrollieren wir das gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern und wir haben ein Ampelsystem, bei dem wir sagen: Okay, wir waren jetzt zweimal da, nichts Auffälliges, und die Stadt sagt uns, das ist alles sauber, dann wird das Lokal auf Grün geschaltet. Dann haben wir die nächste Stufe, das ist Gelb. Da sagt der Zoll: Wir haben da Schwarzarbeiter gehabt und hygienisch war das auch nicht okay – die behalten wir im Auge. Und dann gibt es die, die auf Rot geschaltet sind, die Shisha-Bars, wo Sie nach der zehnten Kontrolle auch noch Waffen und Drogen finden und Leute, die mit Haftbefehl gesucht werden. Wir haben beschlossen: Wir stürmen nicht mit einer Vielzahl von Polizisten in irgendwelche Lokale rein, das ist albern. Stattdessen habe ich der jetzigen Regierungspartei unser Konzept eines gemeinsamen Ansatzes verschiedener Behörden erklärt und sie wirkten beeindruckt und überrascht. Drei Wochen später hörte ich wieder: „Dieser Rassist Richter ist gegen Integration“ und lauter solchen Unsinn. Viele haben ein klares Weltbild und wollen

sich nicht davon lösen. Man will nicht die Polizei sehen, wie sie ist, sondern wie man sie vielleicht in seiner Vorstellung hat.

Wie löst man das denn auf, Herr Hombach?

Hombach: Sicherheit und Freiheit verhalten sich paradox zueinander. Wir brauchen Sicherheit, um frei zu sein. Zu viel Sicherheit wiederum beschränkt Freiheit. Die Lösung liegt wohl in einem dynamischen Gleichgewicht und einem Sinn für Pragmatismus. Die meisten Menschen haben den. Mein Eindruck ist, dass die Mehrheit der Gesellschaft sehr dankbar ist zu sehen, dass der Staat, hier in unserem Fall konkret repräsentiert durch eine aktive Polizeiarbeit in Essen, für Sicherheit sorgt und dass dabei auch andere Behörden Einsatz zeigen. Angst ist etwas Archaisches. Sie liegt in unserer Natur. Früher mussten wir vor dem Säbelzahn tiger oder der Schlange weglaufen: Heute ist das komplexer und subtiler, woran sich Angst festmacht. Weglaufen hilft da wenig. Geborgenheit im sicher empfundenen Umfeld nimmt Angst.

Woran macht sich Angst heute fest?

Hombach: Zum Beispiel auch am sozialen Gerechtigkeitsgefühl. Wenn jemand die Rütterscheider Straße mit einem goldfarbenen Maserati röhrend hoch und runter fährt und die Leute zu wissen glauben, unter welchen Mitteln und Umständen er sich diesen Wagen zugelegt hat, dann stört das das Gerechtigkeitsgefühl und hat verheerende Wirkung. Es geht also auch um mehr als um die Vermeidung von Angst. So wichtig es auch ist, dass sich die Leute persönlich sicher und geborgen fühlen: Das Thema ist vielschichtig. Ich würde behaupten, die Kritik und die Widerstände, mit denen Frank Richter tagtäglich konfrontiert ist, sind keineswegs der Spiegel der Mehrheitsgesellschaft. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die These richtig ist, dass eine relevante Anzahl der Bürgerinnen und Bürger mehr Angst vor einem Polizeieinsatz als vor unlegitimierter Gewalt und Kriminalität hat.

Richter: Was die Kolleginnen und die Kollegen erfahren: Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem, was geschrieben wird, und dem, was meine Leute tatsächlich erleben. Und viele wissen schon gar nicht mehr, dass sich Recht durchsetzen lässt: „Mensch Herr Richter, das ist vielleicht ein Ding. Ich wusste gar nicht, dass man gar nicht in der dritten Reihe parken darf!“ In solchen Fällen erleben wir eine große

Dankbarkeit. Wir haben einen Bürgerbus aufgestellt, damit die Leute einfach mal ihre Probleme loswerden können. Wir haben als Polizei ja immer den Fehler gemacht, dass wir immer nur auf Statistiken geguckt haben, statt den Menschen mal zuzuhören und ihre Wahrnehmung ernst zu nehmen. Dafür haben wir Raum gegeben. Mich hat jüngst ein Satz sehr nachdenklich gemacht. Einer von den jungen Kolleginnen und Kollegen, alle blutjung, exzellent ausgebildet, sagte: „Mensch, Herr Richter, ich habe manchmal das Gefühl, wenn ich die Zeitung lese, dass wir für etwas eintreten, woran die Mehrheit gar nicht mehr glaubt.“

Hombach: Dann heißt das wohl, Ihre Kollegen erleben Zuspruch von den Bürgern und positive Verstärkung in ihrer Familie und im Freundeskreis. Sie stellen aber fest und sagen: „Das findet sich überhaupt nicht in der veröffentlichten Meinung in Medien wieder“.

Richter: Definitiv.

Wenn Sie ins Grundgesetz schauen, dann kennt es keine ausdrückliche Bestimmung über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Man kann allerdings von dem Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ die Freiheit herleiten, wohingegen – was Sie sich gewünscht hätten, Herr Hombach – das Grundgesetz kein Grundrecht auf Sicherheit kennt. Ist da vielleicht schon in unserem demokratischen Glaubensbekenntnis eine Unwucht vorhanden?

Hombach: Das Bundesverfassungsgericht hat zu dieser vermeintlichen Unwucht schon häufiger geurteilt und diese beiden scheinbar paradoxen Themen gut in Bezug gesetzt. Das reicht aber noch nicht. Es muss das Bewusstsein dafür geschärft werden, das Recht auf Sicherheit und unsere Freiheit in ein sinnvolles Gleichgewicht zu bringen. Durch die Corona-Diskussion ist das in einer Weise verschärft, die kaum steigerbar ist. Die Menschen sind „pandemüde“. Wir können nicht ignorieren, dass etliche an den Widersprüchen leiden. Aber auf keinen Fall sollten wir uns erlauben, das Sicherheitsthema zu vernachlässigen. Einige Politiker neigen offenbar dazu, weil es unbequem ist, die Probleme anzupacken, oder weil es eigene weltanschauliche Ansichten konterkariert. Also, es geht auch hier um Pragmatismus und um Nüchternheit.

Haben Sie, Herr Richter, oder Ihre Beamten im Einsatz denn den Eindruck, es gibt ein größeres defizitäres Gefühl der Bürgerinnen und Bürger in Ihrem Zuständigkeitsbereich was die Freiheit anbelangt oder was die Sicherheit anbelangt?

Richter: Die Menschen, mit denen ich spreche, auch im politischen Raum, fordern eindeutig mehr Sicherheit. Lassen Sie mich das an einem Beispiel festmachen. Eine der letzten Amtshandlungen von Innenminister Ralf Jäger war damals die Frage der Videobeobachtung. Wir haben das sehr transparent dargestellt. Wir haben gesagt: „Wir wollen keine Überwachung, wir wollen Beobachtung.“ Denn die Beobachtung beinhaltet für mich, dass ich relativ schnell – bei uns heißt das Einsatzreaktionszeit – da bin. Das heißt nicht nur im Nachhinein, nachdem jemand bedroht wurde. Ich sage ja auch nicht: Gut, dann finde ich den Täter. Nein, ich will sofort einschreiten, wir müssen ein Einsatzmittel, so heißt es dann, innerhalb von zwei Minuten ungefähr vor Ort haben, um demjenigen, der Opfer eines Verbrechens wird, zu helfen.

Lassen Sie mich raten: Dann ging es los. Überwachungsstaat, Eingriff ins Persönlichkeitsrecht. Die Möglichkeiten des Missbrauchs der Daten. Das volle Programm.

Richter: Überhaupt nicht! Alle haben gesagt: „Toll! Endlich!“ Dann bin ich eingeladen worden von der FDP. Der Fraktionsvorsitzende, ein ehemaliger Kollege, sagte: „Mensch Frank, du weißt ja, wir als Freiheitspartei, da ist das ja immer schwierig mit Videobeobachtung.“ Dann habe ich dort referiert, warum wir das machen, wie wir das machen. Da ging der erste Arm hoch, und es gab die erste Zwischenfrage: „Kann ich das bei mir im Stadtteil auch haben?“ In der FDP-Fraktion! Es gab Null Widerspruch in dieser Frage. Die Leute wollen einfach in ihrem Stadtteil sicher leben. Die wollen abends irgendwo hingehen und das ein oder andere erleben. Das ist meine Wahrnehmung. Vielleicht mag ich da auch in einem Tunnel sein, weil es bei der Polizei natürlich immer um die Frage von Sicherheit geht. Aber ich erlebe es.

Hombach: Ich merke gerade anhand dessen, was Frank Richter beschreibt: Diese Sicherheit, die er als Bedürfnis der Bürger beschreibt,

ist tatsächlich deren Freiheit, sich in ihrem Umfeld bewegen zu können.

Da wird Sicherheit zur Freiheit?

Hombach: Hier offenbart sich noch ein Paradox: Wenn Kriminelle freilaufen, ist der Bürger hinter Schloss und Riegel. Dann schafft er sich, so er kann, seine Videoüberwachung, schafft sich seine Stahltür und seine Doppeltür. Dieser Widerspruch lehrt mich gerade, dass eine Trennung zwischen Freiheits- und Sicherheitsbedürfnis in der verbreiteten Diskussion nicht stimmig ist.

Dann machen wir es doch mal umgekehrt an diesem goldfarbenen röhrenden Maserati fest. Also das mag provokativ sein, das mag nervig sein, das mag aufreizend sein, aber wenn dieser Mensch seine Freiheit ausleben möchte, mit diesem sehr speziellen Auto durch die Innenstadt von Essen zu fahren, dann ist das eben seine ausgelebte Freiheit.

Richter: Das war gar kein Maserati, sondern ein Mercedes, aber das ist ja egal. Diese Frage von Freiheit... wie soll ich sagen ... das definieren die Menschen nicht auf irgendeiner juristischen Ebene. Die definieren einfach damit: „Ich habe Angst abends rauszugehen.“ Das ist übrigens auch ein Fehler, den wir als Polizei begangen haben. Wir haben geglaubt, mit Statistiken würden wir die Menschen angstfrei machen. Wenn eine Frau Angst hat, nachts durch den Mülheimer Bahnhof zu gehen, könnte ich ihr sagen, sie müsste statistisch einige hundert Jahre alt werden, um einmal belästigt zu werden. „Das interessiert mich aber nicht“, sagt mir diese Frau. „Ich habe Angst, da durchzugehen.“ Das heißt, da fängt es schon an mit der Freiheit. Es geht nicht um die Frage, das protzende Fahrverhalten eines Verkehrsteilnehmers zu ahnden, sondern um Sicherheit und die Angst der Menschen.

Worum geht es denn konkret?

Richter: Um Clankriminalität und Sozialmissbrauch. Das ist mittlerweile kein reines Sicherheitsproblem mehr, sondern ein gesellschaftliches Problem. Und dagegen geht unser Konzept an. Was haben uns die Clan-Einsätze gebracht? Die Stadt Essen macht eine Meldekontrolle. Das heißt, es wird in ein Haus geschaut, ob die dort gemeldeten Menschen da tatsächlich leben. Das ist eigentlich nichts Besonderes.

Früher ist die Stadt aber nicht in solche Häuser reingegangen, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konkret bedroht worden sind. Das heißt, wenn wir das heute machen, sind Beamtinnen und Beamte von mir vor Ort und schützen die staatliche Maßnahme der Stadt und nehmen den eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Angst vor körperlichen Angriffen. Die sichern das ab und melden an einem Tag 82 Menschen aus diesem Haus. 82 Personen, die Transferleistungen erhalten haben. Und wenn ich davon ausgehe, dass jede von diesen 82 Transferleistungen 300 bis 500 Euro beträgt, dann ist es ein gesellschaftliches Problem, weil unser Sozialstaat systematisch zur Beute gemacht wird.

Hombach: Ich habe gelesen, der Fahrer des getunten und beschlagnahmten goldfarbenen Mercedes – entschuldigen Sie die Verwechslung der Marke – war Hartz-IV-Empfänger.

Richter: Das ist der entscheidende Punkt. Dass Leute mit solchen Autos rumfahren, das gab es hier in bestimmten Stadtteilen schon immer. Wenn aber die Menschen genau wissen, wie der zu seinen Millionen gekommen ist, fragen sie sich: Ist das jetzt das Gleiche wie in Leverkusen? Können diese Menschen sich einen Porsche und eine Rolex nur von staatlichen Transferleistungen leisten? Das geht doch nicht. Da muss Betrug im Spiel sein.

Wie haben Sie dieses Milieu ansatzweise in den Griff bekommen?

Richter: Wir mussten erstmal in eine komplett andere Welt eintauchen als Polizei und haben in meiner Behörde organisatorische Anpassungen vornehmen müssen. Dabei haben wir das Spartendenken zwischen Schutz-, Verkehrs- und Kriminalpolizei aufgegeben und eine eigene Organisationseinheit entwickelt, die speziell auf den Bereich Clan ausgerichtet ist. So konnten wir nachvollziehen: Wo und wie machen die Geld? Relativ einfach ist der Bereich Verkehr – fingierte Verkehrsunfälle, ein „Klassiker“. Aber wir haben uns alle denkbaren Bereiche angeschaut, angefangen von den Sozialkassen bis hin zu Kapitalverbrechen. Also, erster Grundsatz: *Follow the Money*. Das heißt, wir haben uns komplett umgestellt. Und dann haben wir gemerkt: Wir verstehen deren Muster überhaupt nicht, weil uns ihr Kulturkreis fremd ist. Weil wir immer in den eigenen kulturellen Mustern bleiben. Deshalb haben

wir eine wissenschaftliche Begleitung dazu genommen. Wir wollten deren Chiffren verstehen. Warum wird ein Frank Richter ständig als Hund dargestellt? Ist doch eigentlich ein niedliches Tier. Aber nein, in deren Kulturkreis ist ein Hund das schmutzigste Tier, das es gibt.

Haben wir es dann mit einer falsch verstandenen Toleranz übertrieben, Herr Hombach? Oder wie konnten diese Zustände sich so etablieren, wie sie Herr Richter gerade aus seiner Praxis beschreibt?

Hombach: Wahrnehmung kommt nicht von alleine. Sie wird vermittelt. Die widersprüchliche, von Ihnen jetzt hinterfragte Situation führt dazu, dass auch die öffentliche Debatte verwirrt ist. Die wird selten offen geführt und wird zunehmend moralisch aufgeladen.

Warum ist das so?

Hombach: Wahrscheinlich, weil das Thema eine hohe Komplexität und auch Risiken öffentlicher Anfeindungen hat. Als der Präsident gerade berichtete, wie auf kriminelle Art und Weise soziale Sicherungssysteme ausgebeutet werden, habe ich einen Moment gedacht: Was passiert eigentlich, wenn das breit transparent wird? Frei nach Tucholsky: Das Volk weiß nichts, aber ahnt alles. Stellen wir uns vor, es wüsste alles. Dann könnten tatsächlich unsere Integrationsbemühungen und die Bereitschaft Zuwanderung im bisherigen Stil zu akzeptieren gefährdet werden. Generalisierende Urteile würden eine Rolle spielen – Vorurteile genährt. Ich begreife jetzt besser, warum wir auf wackelndem Boden stehen. Ich erinnere an einen Film mit Charles Bronson. *Ein Mann sieht rot*. Der Film war ein spektakulärer Kassenschlager, weil er dieses Bedürfnis befriedigte: „Wenn der Staat nicht Gerechtigkeit schafft, dann macht das der eine“. Er war selbstverständlich zugleich heftig umstritten wegen der Glorifizierung von Selbstjustiz. All diese Differenzen kommen mir in den Sinn, wenn Sie mich drängen, Ihre Fragen zu beantworten. Will sagen, unser Projekt muss sich mit der Frage befassen: Wie schaffen wir es, das reale Erleben der Leute zusammenzubringen mit dem Anspruch eines echten Journalismus: „Sagen, was ist“. Und auch mit kluger Politik, die mit dem Betrachten und Beachten der Realitäten beginnt.

Wie gehen Sie denn damit um, Herr Richter, dass Sie Offensichtlichkeiten verschweigen müssen, weil sie sonst bei den Falschen Beifall finden?

Richter: Genau das haben wir in der Tat über Jahre hinweg gemacht: Offensichtlichkeiten verschwiegen. Und wenn Sie so fragen: Wir haben darunter gelitten und das beendet.

Hombach: Die Realitäten haben sich trotzdem Bahn gebrochen.

Richter: Ja, die Realitäten haben Politiker eingeholt und überholt. Und sich etabliert. Ich halte die Bekämpfung der Clankriminalität für die größte Herausforderung, die wir haben, noch vor der Organisierten Kriminalität, die wir aus Italien oder aus anderen Bereichen kennen.

Warum?

Richter: Weil sie diesen Staat überhaupt nicht möchten, nicht ansatzweise respektieren.

Was also tun?

Richter: Die Tische zusammenschieben, Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten lassen. Politische Eitelkeiten und falsche Rücksichtnahmen beiseitelassen. Warum hat man keinen Pool von Sicherheitsbehörden, die es ja gibt, die aber nebeneinanderher arbeiten. Ist ja nicht unbedingt Hochseil zu sagen, dass wir uns mal zusammensetzen und über die Probleme, die da sind, sprechen sollten. Aber es ist, aus welchen Gründen auch immer, nie passiert.

Was heißt das praktisch?

Richter: Wir müssen umfassender ansetzen bei der Frage: Wo bekomme ich eigentlich diejenigen, die unserem Staat schaden? Doch nur da, wo ich sie antreffe, und das ist auf der Straße. Das macht die Polizei rund um die Uhr. Wenn Sie morgen ohne Führerschein fahren, und ich kontrolliere Sie, dann kann ich im Register abfragen, ob das ihr Auto ist. Okay. Aber warum steht da nicht drin, dass Sie 100.000 Euro Steuerschulden haben und trotzdem in einem 80.000-Euro-Auto unterwegs sind?

Aus Datenschutzgründen, nehme ich an.

Richter: Ja, da höre ich von Juristen immer sehr viel, was nicht geht. Ich sage aber: In der Praxis geht es genau so und nicht anders. Wir müssen aus diesem Denken in Silos raus, die Dinge umfassend sehen